

Sozial gerechte Mangelverwaltung



Liebe Leserin, lieber Leser,
das Schiller-Theater in Berlin war eines der ersten Theater, welches nach dem 2. Weltkrieg wieder eröffnet wurde. Man wollte damals „die Kreise des kleinen und mittleren Bürgerstandes“ ins Theater ziehen, wie es der Tolstoi-Übersetzer *Raphael Loewenfeld* formulierte. Leider gehörte dieses Theater dann zu den ersten Einrichtungen, die bereits 1993 als Konsequenz der knappen Haushaltslage auf politischen Beschluss hin geschlossen werden mussten.

Ökonomische Zwänge betreffen nicht nur Theater und Opernhäuser, sondern auch Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Nationalökonomie ist, definierte einmal *Kurt Tucholsky*, wenn die Leute sich wundern, warum sie kein Geld haben. Neben vielen anderen Problemen stimmt die Konstruktion unserer Gesellschaft auch im Punkt Bildungsfinanzierung nicht mehr. Einerseits bezahlen wir alle relativ hohe Steuern, da der Staat für uns alles organisiert, insbesondere auch Kultur und Bildung. Andererseits werden immer mehr Dienstleistungen eingeschränkt, wofür z. B. die vielen ausgefallenen Stunden an deutschen Schulen ein deutlicher Beleg sind. Dadurch nimmt man jungen Menschen die Chancen, die Schulden, die unsere Gesellschaft heute macht, morgen zurückzuzahlen.

Im Hochschulbereich schreitet der Kahlschlag entgegen allen Beteuerungen über die Bedeutung von Forschung und Lehre immer weiter fort. Bei Personalkostensteigerungen um mindestens 2 % pro Jahr wird eben regelmäßig ein entsprechender Anteil an Stellen gestrichen. Man kann jetzt schon ausrechnen, in welchem Jahr die zuständige Ministerin allein übrig bleibt. Die einzige Alternative zur Lösung der permanenten Finanzprobleme der Bildungssysteme ist offenbar die Nutzung anderer Einnahmemöglichkeiten, wie z. B. die Einführung von Studiengebühren in einer Wettbewerbssituation. Das hiergegen immer wieder bemühte Argument, dies sei sozial ungerecht, überzeugt bei näherer Betrachtung nicht. Schließlich ist der Anteil an Arbeiterkindern etwa beim Zahnmedizinstudium deutlich geringer als der Anteil an Kindern von Zahnärzten. In allen Bildungsbereichen zeigen die Analysen,

dass schlechtes Bildungsniveau mit niedriger sozialer Schicht korreliert ist, trotz des kostenlosen Zugangs. Für welchen Typ Hochschule hätten Sie sich entschieden, wenn Sie die Wahl gehabt hätten zwischen beamteten Lehrenden mit staatlich geregelter Pflichtlehrdeputat oder aber einer privat- bzw. zumindest mischfinanzierten Hochschule, bei der die Studierenden im wahrsten Sinne des Wortes Kunden sind und sich auch so verhalten? Schließlich wissen wir aus den USA, dass Einrichtungen mit schlechter Dienstleistung nicht überleben können und umgekehrt hervorragender Service belohnt wird. Für Studenten, die auch schon heute staatliche Beihilfen erhalten, kann sicherlich eine sozial ausgewogene Finanzierungsunterstützung geschaffen werden. Übrigens ließen sich gleichzeitig Steuern um den entsprechenden Finanzierungsanteil senken.

Damit könnte aus der ewigen Kürzungsstrategie der Einheitshochschule ein Wettbewerb um attraktive und qualitativ hochwertige Ausbildungen entstehen. Leider ist unsere Bundesbildungsministerin über diese Debatte verärgert, weil sie angeblich unglaublich oberflächlich geführt wird. Das finde ich auch, nur komme ich zu einem anderen Ergebnis in der Bewertung. Wie bei den Sozialsystemen gilt auch beim Bildungswesen, dass der traditionelle Weg verändert werden muss, weil sonst bald nichts mehr da ist, was man mit kostenlosem Zugang nutzen kann.



Ihr

Prof. Dr. Michael J. Noack
Chefredakteur